

***Gewalt- und Kriminalitätsprävention bei Jugendlichen
durch soziale Integration und Bildung -
Vom Bundesamt geförderte Maßnahmen zur Integration
jugendlicher Zuwanderer***

von

Romy Bartels

Aus: Erich Marks & Wiebke Steffen (Hrsg.):
Solidarität leben - Vielfalt sichern
Ausgewählte Beiträge des 14. Deutschen Präventionstages
Forum Verlag; Auflage: 1 (10. August 2011), Seite 193-210

ISBN 3936999872 (Printausgabe)
ISBN 978-3936999877 (E-Book)

Romy Bartels

Gewalt- und Kriminalitätsprävention bei Jugendlichen durch Soziale Integration und Bildung - Vom Bundesamt geförderte Maßnahmen zur Integration jugendlicher Zuwanderer

Einführung / Gliederung des Vortrages

Sehr geehrte Damen und Herren!

Ich freue mich, Ihnen heute im Rahmen des 14. Deutschen Präventionstages die Überlegungen und Aktivitäten des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge zum Thema „Gewalt- und Kriminalitätsprävention bei Jugendlichen durch soziale Integration und Bildung - Vom Bundesamt geförderte Maßnahmen zur Integration jugendlicher Zuwanderer“ vorstellen zu dürfen.

I. Ausgangslage

1. Situationsbeschreibung und aktuelle Entwicklung
2. Handlungsbedarfe

II. Integrationsmaßnahmen des Bundesamtes

1. Allgemeine Eckpunkte der Integrationsförderung des Bundesamtes
 - Ziele: Gesellschaftlicher Zusammenhalt / Akzeptanz; Wechselseitige interkulturelle Öffnung von Zuwanderern, Migrant*innenorganisationen und der Aufnahmegesellschaft; Partizipation von Zuwanderern allgemein und im Sozialraum
 - Integrationsmaßnahmen des Bundesamtes für jugendliche Zuwanderer
2. Projektförderung zur gesellschaftlichen Integration von Zuwanderern
 - Daten und Fakten
 - Förderschwerpunkte / Handlungsfelder (u.a. verstärkte Einbindung von Migrant*innenorganisationen)
 - Vorstellung der Handlungsfelder:
 1. Gewalt- und Kriminalitätsprävention
 2. Bildung
 - Allgemeine Daten und Fakten
 - Handlungsansätze
 - Beispielprojekte

I. Ausgangslage

1. Situationsbeschreibung und aktuelle Entwicklung

Nach dem aktuellen Mikrozensus 2007 leben insgesamt 15,14 Mio Menschen mit Migrationshintergrund in Deutschland. Bei einer Gesamtbevölkerung von 82,3 Mio Menschen entspricht dies einem Bevölkerungsanteil von 18,7 %. Der Mikrozensus 2007 hat erstmals Spätaussiedler explizit ausgewiesen mit 2,8 Mio Menschen. Die zweitgrößte Gruppe von Menschen mit Migrationshintergrund mit rund 2,5 Mio Menschen sind türkischer Herkunft (Anteil von 14,2 %). In den großen Städten liegt der Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund z.B. bei 27 % in Hamburg, bei 30 % in München und bei 39 % in Stuttgart. Es handelt sich hierbei überwiegend um Jugendliche und junge Erwachsene.

Die polizeiliche Kriminalstatistik weist in den Jahren 1997 bis 2007 einen Rückgang der polizeilich registrierten Kriminalität in Deutschland aus. Entgegen diesem Trend stieg im gleichen Zeitraum die Gewaltkriminalität an. Der Anstieg im Bereich der Gewaltkriminalität war sowohl bei den deutschen als auch bei nichtdeutschen Tatverdächtigen zu verzeichnen. Die Studie („Jugendliche in Deutschland als Opfer und Täter von Gewalt“) des Kriminologischen Forschungsinstituts Niedersachsen von 2009 hat allerdings ermittelt, dass kein tatsächlicher Anstieg der Gewaltkriminalität junger Menschen erfolgt ist. Vielmehr ist in Bezug auf die Jugendgewalt eine gleichbleibende bis rückläufige Tendenz festzustellen. Gründe hierfür seien der generelle Rückgang familiärer Gewalt und eine neue „Kultur des Hinschauens“ an den Schulen. Auch gebe es eine höhere Bereitschaft, bei der Polizei Anzeige zu erstatten, was Gewalttäter abschrecke. Zudem habe auch die Akzeptanz von Gewalt unter den Schülern messbar abgenommen.

Obwohl die Zahlen in den letzten Jahren rückläufig sind, ist der Anteil der **nicht-deutschen** Jugendlichen und Heranwachsenden im Bereich der Gewaltkriminalität weiterhin deutlich überrepräsentiert.

Gewalt und Kriminalität haben viele Ursachen, können aber auch als Folge von Migration entstehen. Unabhängig von dem jeweiligen Aufenthaltsstatus ist festzustellen, dass viele Zuwanderer Integrationschwierigkeiten bewältigen müssen.

Geringe deutsche Sprachkenntnisse erschweren vor allem jugendlichen Zuwanderern den Zugang zur Gesellschaft und sind neben sozialen und familiären Faktoren eine der Hauptursachen der Benachteiligung in der Ausbildung und am Arbeitsmarkt. Im Jahr 2007 haben 12,6 % der Jugendlichen mit Migrationshintergrund die Schule ohne Abschluss verlassen. Der entsprechende Anteil liegt bei Jugendlichen ohne Migrationshintergrund bei nur 1,6 %. Ohne Berufsabschluss bleiben 46,0 % der Menschen mit Migrationshintergrund gegenüber 21,2 % der Menschen ohne Migrationshintergrund. Damit haben junge Menschen mit Migrationshintergrund weitaus häufiger keine be-

rufliche Qualifizierung (dies betrifft insbesondere Frauen). Die Erwerbslosenquote liegt bei der Bevölkerung mit Migrationshintergrund fast doppelt so hoch wie bei Menschen ohne Zuwanderungsgeschichte (2007: 14 % zu 7,1 %).

Die Wissenschaft zeigt in mehreren Studien (z.B. in der Studie „Jugendliche in Deutschland als Opfer und Täter von Gewalt“ des Kriminologischen Forschungsinstituts Niedersachsen von 2009 und in der Studie zur „Jugendgewalt“ von Prof. Pfeiffer von 2008) auf, dass mangelnde Bildungschancen von Migranten Hauptursache für kriminelle Karrieren sind, die Hauptschule habe sich mit ihrer fehlenden Perspektive für Jugendliche zu einem „Verstärkungsfaktor“ der Jugendgewalt entwickelt.

Viele Eltern sind mit ihrer eigenen Migrationssituation beschäftigt und können ihre Kinder nicht ausreichend unterstützen. Die Folgen sind sowohl Frustration über mangelnde Anerkennung, Perspektivlosigkeit und auch innerfamiliäre Konflikte, die nicht selten dazu führen, dass die betroffenen Jugendlichen in den Alkohol- und Drogenkonsum flüchten, gewalttätig werden oder in die Kriminalität abrutschen. Eine von den Zuwanderern empfundene Ablehnung durch die Mehrheitsgesellschaft begünstigt zudem den Rückzug in die eigene Community wie auch die Stärkung von Parallelstrukturen.

2. Handlungsbedarfe

Die Hauptrisikogruppen für Gewalttaten unter dem Gesichtspunkt der Migration sind jugendliche männliche Migranten, darunter auch Aussiedler.

Es lassen sich eine Reihe von Faktoren zusammenfassen, die mit einer erhöhten Kriminalitätsrate einhergehen. Dazu zählen die soziale Randlage (Bildungsbenachteiligungen, Arbeitslosigkeit, sozialräumliche Segregation), migrationspezifische strukturelle Benachteiligungsprozesse (Quereinsteiger im Schulsystem, Sprachdefizit), öffentliche und institutionelle Diskriminierung (erhöhte Anzeigen und härtere Verurteilungspraxis) und aus dem Herkunftsland mitgebrachte Verhaltensnormen (patriarchales Männlichkeitsbild, gewaltlegitimierende Männlichkeitsnormen). Außerdem tragen Faktoren wie familiäre Erziehung und Gewalterfahrungen in der Familie, auffälliger Medienkonsum und Cliquenbildung (in Verbindung mit Drogenkonsum) zum erhöhten Kriminalitätsrisiko bei. Keiner dieser Faktoren kann aber einen Alleinan-spruch auf die Erklärung der Delinquenz von Migrantenjugendlichen erheben.

Es muss hierbei deutlich gemacht werden, dass Kriminalität keine Frage des Passes, sondern eine Frage von sozialen Lebenslagen ist – wie eine Studie des Bundesamtes im Frühjahr 2008 zu diesem Thema aufgezeigt hat. Die relativ hohe Kriminalitätsbelastung, die höhere Gewaltbereitschaft oder die häufige Anwendung von Gewalt bei männlichen jugendlichen Migranten sollte demnach nicht allein als Hinweis auf die ethnische Herkunft oder persönliche Schwächen, sondern eher auf problematische Lebenslagen verstanden werden und **Anlass für verstärkte Integrations- und**

Präventionsanstrengungen sein. In diesem Sinne unterscheidet sich die Kriminalität von Migrantenjugendlichen kaum von der Kriminalität einheimischer Jugendlicher, die sich in einer ähnlichen Situation befinden.

Strategien der Verringerung dieser auffälligen gewalthaltigen Verhaltensweisen müssen darauf ausgerichtet sein, die Chancengleichheit für die Zielgruppe bezüglich des Schulsystems und einer beruflichen Perspektive in Deutschland zu erhöhen, Gewalterfahrungen in der Familie, im Freundeskreis und im weiteren sozialen Umfeld zu verringern, Benachteiligungserfahrungen im alltäglichen Leben zu reduzieren, ein gewaltloses Handeln in Konfliktsituationen nicht nur zu propagieren, sondern auch vorzuleben, pädagogische Unterstützung/Begleitung und sinnvolle Freizeitgestaltung anzubieten.

II. Integrationsmaßnahmen des Bundesamtes

1. Allgemeine Eckpunkte der Integrationsförderung des Bundesamtes

Ziele

Integration ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, zu deren Erfolg der Staat auf allen Ebenen beiträgt. Integration als Querschnittsaufgabe erfordert Koordinierung und Überwindung von Fragmentierung. Durch die Einrichtung einer neuen Abteilung Integration beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge im Jahr 2002 wurden verschiedene Aufgaben, die bislang von verschiedenen Ministerien und Behörden wahrgenommen wurden, beim Bundesamt gebündelt und das Nebeneinander von Integrationsmaßnahmen teilweise aufgehoben.

Mit dem In-Kraft-Treten des Zuwanderungsgesetzes am 1. Januar 2005 sind weitere Verbesserungen eingetreten und der Einstieg in eine systematische Integrationspolitik vollzogen worden. Integrationskurse und Migrationsberatung, flankiert durch eine Vielzahl von Integrationsprojekten, sollen dazu beitragen, den Zuwanderern die gleichberechtigte Teilhabe an allen Bereichen des gesellschaftlichen Zusammenlebens unter Respektierung gesellschaftlicher Vielfalt zu ermöglichen. Als weitere wichtige Aktivitäten des Bundesamtes sind das bundesweite Integrationsprogramm und die Deutsche Islamkonferenz hervorgegangen, die einen gesellschaftlichen Dialogprozess in Gang gesetzt haben, der darauf abzielt, die Rahmenbedingungen für die Integration von Zuwanderern zu verbessern. Im bundesweiten Integrationsprogramm soll beispielsweise als aktueller Schwerpunkt die Rolle von Migrantenorganisationen bei der Integrationsarbeit gestärkt und dabei auch ihre Zusammenarbeit mit Politik und Verwaltung intensiviert werden. (Näheres unter Zi. II 2.)

Als Kompetenzzentrum für Migration und Integration leistet das Bundesamt nunmehr seit einigen Jahren einen erheblichen Beitrag für erfolgreiche Integration mit dem Ziel das friedliche Miteinander von Migranten und Einheimischen vor Ort zu

fördern. Integration ist ein Prozess wechselseitiger interkultureller Öffnung, der sowohl Anstrengungen von Seiten der Aufnahmegesellschaft wie auch von Seiten der Zuwanderer erfordert („Fördern und Fordern“).

Integrationsmaßnahmen des Bundesamtes für jugendliche Zuwanderer

Jugendintegrationskurs:

Der Jugendintegrationskurs ist ein Angebot für junge, nicht mehr schulpflichtige Migranten bis 27 Jahre, die nur wenig oder gar kein Deutsch sprechen und in Deutschland eine weiterführende Schule besuchen oder eine Ausbildung machen wollen. Er besteht aus einem Sprachkurs mit 900 Unterrichtsstunden und einem Orientierungskurs mit 45 Unterrichtsstunden.

Ziel des Integrationskurses ist der Erwerb ausreichender Kenntnisse der deutschen Sprache (Niveau B1) und die Vermittlung von Alltagswissen sowie von Kenntnissen der Rechtsordnung, der Kultur und der Geschichte in Deutschland. Ausreichende Kenntnisse der deutschen Sprache sowie Kenntnisse über das gesellschaftliche, kulturelle und wirtschaftliche Leben sowie über die in unserer Gesellschaft geltenden Normen und Werte sind der Schlüssel zu einer erfolgreichen Integration.

Der Jugendintegrationskurs zielt insbesondere darauf ab, jugendliche Zuwanderer sprachlich und inhaltlich auf den weiteren Ausbildungsweg vorzubereiten. Es werden aber auch wichtige Themen wie Drogen- und Gewaltprävention, Gesundheitsvorsorge, aktive Freizeitgestaltung, Zusammenleben der Generationen usw. behandelt. Die Jugendlichen lernen Angebote vor Ort kennen und besuchen auch entsprechende Beratungsstellen.

Neu ist, dass innerhalb des Jugendintegrationskurses demnächst auch eine „Praxisphase“ angeboten werden kann. Bis zu 100 Unterrichtsstunden können dafür verwendet werden, ein Praktikum in einem Betrieb oder einer Ausbildungsstätte zu absolvieren oder eine weiterführende Schule kennenzulernen und im Unterricht zu hospitieren. Damit wird das Sprachenlernen ganz unmittelbar mit der Praxis verbunden, die tatsächlichen Anforderungen in Schule und Ausbildung erfahrbar gemacht, und es werden erste konkrete Anknüpfungspunkte für den weiteren Ausbildungsweg geschaffen.

Modellprojekt „Ergänzender bildungssprachlicher Deutschunterricht an Hauptschulen“

Seit einem Jahr führt das Bundesamt in Zusammenarbeit mit den drei Bundesländern Niedersachsen, Berlin und Bayern ein Modellprojekt durch, in dessen Rahmen an Hauptschulen ein ergänzender bildungssprachlicher Deutschunterricht für Schülerinnen und Schüler der 8. und 9. Klasse angeboten wird. Ausgangspunkt für das Modellprojekt ist die Tatsache, dass rund 16 Prozent aller ausländischen Schülerinnen und Schüler jedes Jahr die Schule ohne Abschluss verlassen – zwei-

einhalbmal soviel wie bei den deutschen Schülern. Oft spielen dabei fehlende bildungssprachliche Kenntnisse eine Rolle. Ziel des Modellprojektes ist es, herauszufinden, ob ein zwei Jahre umfassender ergänzender bildungssprachlicher Deutschunterricht für Hauptschüler dazu beiträgt, die für die Schule notwendigen Deutschkenntnisse soweit zu verbessern, dass erhöhte Chancen auf einen Abschluss bestehen. Um dies zu erreichen, wurde eine Konzeptgruppe aus Wissenschaftlern und Praktikern eingerichtet, die konkrete Unterrichtsmodule entwickelt. In Niedersachsen und Berlin läuft der Unterricht bereits, erste Rückmeldungen haben gezeigt, dass die Module sowohl bei den Lehrkräften als auch bei den Schülern gut ankommen. Ob das gesamte Konzept tragfähig ist, wird durch wissenschaftliche Begleitung und Evaluation festgestellt.

Anteil der Schüler ohne Hauptschulabschluss im Schuljahr 2007/2008

	Deutsche	Ausländer
Bayern	6,0%	16,7%
Berlin	7,6%	20,4%
Niedersachsen	6,7%	20,1%
Bund	6,5%	16,0%

§ 9 Abs. 4 BVFG Spätaussiedlermaßnahmen „Identität und Integration PLUS“:

Das Integrationsförderangebot richtet sich an Spätaussiedler ab 16 Jahren, die bereits einen Integrationskurs absolviert haben oder über entsprechende deutsche Sprachkenntnisse verfügen. Die Maßnahme hat seit Anfang 2009 einen Umfang von 200 Unterrichtsstunden.

Die Maßnahme spannt einen Bogen von Fragen der Identitätsbildung über konkrete Integrationshemmnisse im Alltag bis hin zur Unterstützung der beruflichen Integration. Ziel ist, die persönlichen Ressourcen sowie die Eigeninitiative und die Eigenverantwortung der Teilnehmer zu stärken und damit eine erfolgreiche Integration in das gesellschaftliche Leben in Deutschland zu ermöglichen.

Das Angebot erweist sich in der Praxis gerade bei jungen Leuten als sehr sinnvolle Ergänzung zum Integrationskurs und wird von den Teilnehmern gut angenommen. Da die Kurse inhaltlich an den speziellen Integrationsverläufen der Spätaussiedler ausgerichtet sind, erfahren sie eine hohe Akzeptanz. Erkennbare Motivationsschübe für den weiteren Integrationsprozeß sind während und im Anschluß an den Kurs bei vielen Teilnehmern festzustellen. So konnten manche Teilnehmer sogar erfolgreich an den ersten Arbeitsmarkt herangeführt werden, einige wiederum ergreifen die Initiative, weitere Angebote zur Aus- und Fortbildung in Anspruch zu nehmen.

Projekte zur sozialen und gesellschaftlichen Integration von jugendlichen Zuwanderern:

Die Jugendprojekte zur gesellschaftlichen und sozialen Integration richten sich an jugendliche Migranten im Alter von 14 bis 27 Jahren mit dauerhafter Bleibeperspektive. Es werden Maßnahmen mit konkreten Zielen und Inhalten für eine festgelegte Laufzeit von bis zu drei Jahren gefördert. Dazu Näheres im folgenden Kapitel.

2. Projektförderung zur gesellschaftlichen Integration von Zuwanderern

Daten und Fakten

Ergänzend zu den gesetzlichen Integrationsangeboten fördert das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge Projekte zur sozialen und gesellschaftlichen Eingliederung von jugendlichen und erwachsenen Zuwanderern mit dauerhafter Bleibeperspektive. Ziel dieser Integrationsprojekte ist insbesondere die Förderung der wechselseitigen Akzeptanz von Zuwanderern und Einheimischen und damit eine Verbesserung des Zusammenlebens vor Ort. Die Projekte sollen dazu beitragen, die individuellen Kompetenzen der Zuwanderer zu stärken sowie deren gesellschaftliche Teilhabe allgemein und im Sozialraum zu ermöglichen.

Die Projektförderung konzentriert sich auf innovative, gemeinwesen- und ressourcenorientierte Integrationsmaßnahmen, in denen an die mitgebrachten Talente, Kompetenzen und Qualifikationen der jugendlichen Zuwanderer angeknüpft wird, um deren Selbstwertgefühl und das Vertrauen in die eignen Fähigkeiten zu steigern (Hilfe zur Selbsthilfe) und ihre gesellschaftliche Akzeptanz in der einheimischen Bevölkerung zu verbessern.

In Zusammenarbeit mit zahlreichen Verbänden, Vereinen, Migrantenorganisationen, Stiftungen, Initiativen sowie Behörden auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene werden jährlich rund 400 bis 450 Projekte durchgeführt. Dafür werden Mittel im Jahr 2009 vom Bundesamt in Höhe von 13,9 Mio. € und vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend in Höhe von 7,2 Mio. € zur Verfügung gestellt.

Förderschwerpunkte / Handlungsfelder (u.a. verstärkte Einbindung von Migrantenorganisationen)

Derzeitige Grundlage der Förderung der Projekte zur sozialen und gesellschaftlichen Integration von Zuwanderern sind die gemeinsamen Fördergrundsätze des BMI und BMFSFJ mit Stand vom 29.08.2007. Zur konzeptionellen Weiterentwicklung der Projektförderung und Profilschärfung der Projekte wurden diese zu Förderrichtlinien weiterentwickelt und sollen zum Antragsverfahren 2010 in Kraft treten.

Förderfähig sind sowohl Maßnahmen zur sozialen und gesellschaftlichen Integration von Neuzuwanderern als auch Maßnahmen der nachholenden Integration.

Es werden insbesondere Projekte in folgenden Handlungsfeldern gefördert:

- Stärkung mitgebrachter Kompetenzen (ressourcenorientierter Ansatz)
- Stärkung der interkulturellen Kompetenz
- Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements
- Stärkung der Erziehungskompetenz der Eltern
- Kriminalitäts-, Gewalt- und Suchtprävention
- Stärkung der sozialen Kompetenzen durch freizeitpädagogische Angebote wie
- Sport, Theater, Musik und Tanz.

Besonderes Gewicht wird auf die Verbesserung der gesellschaftlichen Teilhabe von Zuwanderinnen und die Verwirklichung von Gleichberechtigung gelegt. Verstärkt werden Migrant*innenorganisationen als Projektträger und Kooperationspartner gefördert, da diese durch ihren besonderen Zugang zu den Migrant*innen wesentlich zur Unterstützung und Verbesserung der Integration beitragen können. Zudem werden haupt- und ehrenamtliche Mitarbeiter von Migrant*innenorganisationen durch die Förderung von Multiplikatorenschulungen und Qualifizierungsmaßnahmen professionalisiert und qualifiziert.

Zu den o.g. Handlungsfeldern sind darüber hinaus innovative Modellprojekte zur Weiterentwicklung der Integrationsstrategie förderfähig. Diese können entweder einen überregionalen Charakter haben oder sollen auf lokaler Ebene zur Gewinnung übertragbarer Methoden und Erkenntnisse in der Integrationsarbeit beitragen. Diese Projekte werden wissenschaftlich durch eine hierfür besonders geeignete Forschungseinrichtung begleitet.

Die vom Bund geförderten Projekte setzen dort an, wo die Zuwanderer leben und im Alltag

Einheimischen begegnen, also im Wohnumfeld: in den Einrichtungen und (Sport-) Vereinen der Stadtquartiere und Kommunen. Im Hinblick auf eine sinnvolle Bündelung / Vernetzung unterschiedlicher Integrationsmaßnahmen werden Projekte bevorzugt gefördert, die mit anderen Förderprogrammen des Bundes und der Länder, z.B. den Integrationenkursen, der Migrationsberatung für erwachsene Zuwanderer, dem Eingliederungsprogramm für junge Menschen mit Migrationshintergrund (JMD) sowie dem Programm „Soziale Stadt“ in einem Bezug stehen. Weiterhin ist die Kooperation mit Stiftungen und Projekten, die mit Mitteln der Europäischen Union gefördert werden, wie z.B. dem Europäischen Integrationsfonds, den Kom-

petenzagenturen und dem Programm „Schulverweigerung - die zweite Chance“ anzustreben.

Vorstellung der Handlungsfelder: Gewalt- und Kriminalitätsprävention

Allgemeine Daten und Fakten:

Wie zu Beginn meines Vortrages ausgeführt, haben Gewalt und Kriminalität viele Ursachen. Eine davon können Integrationsschwierigkeiten sein, die sich zugewanderten Menschen stellen können.

Das Bundesamt fördert daher als einen Schwerpunkt spezifische Integrationsprojekte zur Gewalt- und Kriminalitätsprävention, die Vorbeugemaßnahmen gegen Gewalt und Kriminalität insbesondere für gefährdete und verhaltensauffällige jugendliche Zuwanderer enthalten. Jugendliche Zuwanderer, die durch Regelaufgebote häufig nicht erreicht werden, werden durch sozialpädagogische Begleitung motiviert, Beratungsstellen aufzusuchen, an Seminaren zum Konfliktmanagement (z.B. Deeskalationstraining und Mediation) teilzunehmen sowie an anderen örtlichen Einrichtungen und Angeboten teilzuhaben. Sport und sinnvolle Freizeitangebote wie Musik, Theater spielen, handwerkliches Arbeiten und weitere kreative Aktivitäten schaffen vielfältige Möglichkeiten der Begegnung und Verständigung und verschaffen den Jugendlichen soziale Kompetenz und Selbstvertrauen. Dabei spielt auch die Einbeziehung der Eltern eine große Rolle.

Im Jahr 2009 werden bislang 39 Integrationsprojekte zur Gewalt- und Kriminalitätsprävention (12 altersunabhängige Projekte und 26 Jugendprojekte) mit einem Volumen von 1,41 Mio. € gefördert.

Handlungsansätze:

Die Projekte haben im Wesentlichen folgende Inhalte:

- Aufsuchende Sozialarbeit (Streetwork)
- Gezielte Präventionsmaßnahmen: z.B. Informationsveranstaltungen zu Gewalt / Kriminalität und ihren Gefahren, Gruppentreffen: Erlernen von Konfliktlösungsstrategien, Deeskalationstraining, Mediation
- Zusammenarbeit / Vermittlung an Beratungsdienste: z.B. Arge, Jugendmigrationsdienste, Migrationserstberatungsstellen, Suchtberatungsstellen
- Interkulturelles Training: Sensibilisierung durch Vermittlung von Wissen für Zuwanderer und Einheimische über kulturelle Unterschiede
- Förderung der Begegnung mit Einheimischen und anderen Zuwanderergruppen
- Heranführung an Sportvereine, Jugendclubs und Volkshochschulen:

Anbieten sinnvoller jugendspezifischer Freizeit- und Sportangebote

- Einsatz von Integrationspaten und Mentorenen: Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements /Multiplikatorenschulungen für Ehrenamtliche
- Einbeziehung der Eltern
- Hilfe zur Selbsthilfe: Förderung vorhandener Ressourcen und Alltagskompetenzen
- Zusammenarbeit der Integrationsstellen mit Staatsanwaltschaft, Gericht, Justizvollzugsanstalt, ehrenamtlichen Bewährungshelfern und Mentoren
- Kooperation mit Migrantenorganisationen.

Beispielprojekte:

1. Das Mediatorenprojekt „Interkulturelle Streitschlichter: Interkulturelle Kompetenz als Schlüsselqualifikation in der Ausbildung von Jugendlichen als Multiplikatoren in der Stadtteilarbeit“ des Instituts für Ethnologie der Universität Münster (vom Bundesamt mit 145.000,00 Euro (Gesamtkosten: 174.020,00 Euro) gefördert) will in 1. Linie den Jugendlichen interkulturelle Kompetenz vermitteln, um sie in der zweiten Projektphase zu interkulturellen Streitschlichtern oder als Trainer für interkulturelle Kompetenz auszubilden. In einer abschließenden Evaluation sollen die Ergebnisse zusammengefasst und als übertragbare Handlungsempfehlung publiziert werden. Durch eine enge Verzahnung der schulischen Möglichkeiten mit den Angeboten der offenen Jugendarbeit wird ein wesentlicher Beitrag zur Erlangung von Konfliktlösungsstrategien im Zusammenleben der unterschiedlichen Ethnien erbracht. Auch den Lehrerinnen und Lehrern und den Mitarbeitern der beteiligten Jugendeinrichtungen werden Fortbildungen in interkultureller Kompetenz angeboten, damit sie das Projekt nachhaltig begleiten zu können

Die Ausbildung von Streitschlichtern in den unterschiedlichen Schulformen gehört inzwischen in vielen Schulen zum Repertoire der Beratungsangebote. In der Ausbildung zum Streitschlichter erlangen die Schülerinnen und Schüler eine soziale Kompetenz, die es ihnen ermöglicht, in Konfliktsituationen beratend tätig zu werden. Der im Projekt innovative Ansatz, die Ausbildung der Streitschlichter um den Baustein Interkulturelle Kompetenz zu erweitern, beugt der Entstehung von Konflikten auf Grund von kulturellen Missverständnissen vor. Die Streitschlichter werden für fremde Kulturen sensibilisiert und erlernen den kompetenten Umgang mit kulturellen Unterschieden. Sie werden geschult, gewaltbereite Jugendliche nachhaltig dazu zu bewegen, auf Gewalt als legitime Handlungsoption zu verzichten. Sie sollen vor Ort als Vorbilder auftreten und Gewalt ablehnende Verhaltensweisen vermitteln. Sie tragen im sozialen Umfeld zur Deeskalation von Streitigkeiten bei und geben entsprechende Strategien weiter. Die Einbeziehung der offenen Jugendarbeit im

Stadtteil bringt zusätzlich noch die Möglichkeit, diese Strategien im nichtschulischen Bereich anzuwenden. In Anbetracht des hohen Konfliktpotenzials an Schulen und in Jugendeinrichtungen erscheint die Stärkung der interkulturellen Kompetenz unerlässlich, um gegenseitige Vorurteile abzubauen und Konfliktlösungsstrategien mit den Beteiligten zu entwickeln.

2. Projekt „Weil Dich das Leben braucht“ der Deutschen Jugend aus Russland e.V.

Projektdauer: 01.09.2006 – 31.08.2009

Projektorte: Stuttgart (Wohngebiete: Rot, Freiberg, Mönchfeld, Fasanenhof) und Umgebung (Böblingen, Dietzingen, Gerlingen, Pattonville, Esslingen u.a.) in Baden-Württemberg

Gesamtbundeszuwendung / Gesamtkosten: 178.000,00 € / 195.972,00 €

Zielgruppe: straffällige (Haftentlassene) und auffällige / gefährdete jugendliche Spätaussiedler und Ausländer

Mit dem Projekt soll eine Verbindung zwischen den am Integrationsprozess beteiligten Stellen und der Strafjustiz unter Einbeziehung ehrenamtlich tätiger Mentoren hergestellt werden. Das Projekt wird vom Integrationsbeauftragten der Stadt Stuttgart, Herrn Pavkovic, unterstützt.

Ziele des Projektes sind:

- Die gesellschaftliche Eingliederung von jungen Zuwanderern mit erheblichen Integrationsproblemen und strafrechtlich relevanten Verhaltensauffälligkeiten.
- Die Stabilisierung der Persönlichkeit der Jugendlichen, um Aggressionen, straffälliges Verhalten und Suchtgefährdungen zu verringern. Die Heranführung der Jugendlichen an örtliche Einrichtungen und Angebote.
- Aktivierung und Verfestigung der Selbsthilfekräfte der Zuwanderer aus dem russischsprachigen Raum durch Stärkung und Ausbau vorhandener Potenziale und Kompetenzen, um aus den Reihen der Spätaussiedler ehrenamtliche Bewährungshelfer auszuwählen und auszubilden.

Seit Beginn des Projektes ist eine erfolgreiche Kontaktaufnahme zu zahlreichen Mitgliedern der Zielklientel gelungen. Jugendliche, die in den JVA`en Adelsheim, Heimsheim, Sachsenhausen einsaßen, wurden auf ihre Entlassung aus der Strafhaf vorbereitet. Die Zusammenarbeit mit den sozialen Diensten der Stadt Stuttgart, den Polizeibehörden, der Staatsanwaltschaft, dem Jugendgericht und der Jugendgerichtshilfe wurde intensiviert. Die „Stuttgarter Runde Fairness“, in der

sich regelmäßig Vertreter der vorgenannten Institutionen sowie jugendliche Spät-aussiedler zusammenfinden, hat sich als ein sinnvolles Forum erwiesen, um zwischen den beteiligten Parteien zu vermitteln und Missverständnisse auszuräumen.

3. Projekt „Stark (durch-)Boxen“ des Diakonischen Werkes e.V.

Projektdauer: 01.08.2006 – 31.07.2009

Projektort: Lübben in Brandenburg

Gesamtbundeszuwendung / Gesamtkosten: 151.127,85 € / 218.144,68 €

Zielgruppe: Jugendliche Migranten und Einheimische

Ziele des Projektes sind,

- Förderung fundamentaler humaner Werte wie Respekt, Disziplin und Teamgeist
- Förderung der sozialen Kompetenz der jugendlichen Migranten
- Gewaltprävention und Aggressionsabbau
- Förderung der interkulturellen Akzeptanz in der Region durch gemeinsame Projektarbeit mit Einheimischen unter Anwendung des „Interkulturellen Lernens“ als Methode innerhalb und außerhalb von sportlichen Angeboten.

Durch kontinuierliche sportliche Angebote und regelmäßige Teilnahme der Jugendlichen konnte eine Festigung der Gruppe erreicht werden, Disziplin, Respekt und Teamgeist wurden gefördert. Durch entsprechende Öffentlichkeitsarbeit (Presse, Regionalfernsehen) und die Unterstützung des Vereins Freundeskreis Lübben e.V. konnte eine breite Öffentlichkeit von der Qualität dieses Projektes überzeugt werden. Sportliche Box-Erfolge bei Turnieren, die gestiegene Akzeptanz in der einheimischen Bevölkerung und der Zusammenhalt in der Gruppe haben dazu beigetragen, dass die sozialen Kompetenzen und die Integration der Jugendlichen gestärkt wurden.

4. Da vor allem dem organisierten Sport bei der Integrationsförderung ein hoher Stellenwert beigemessen wird, unterstützt das Bundesamt neben den Integrationsprojekten das **bundesweite Programm „Integration durch Sport“ des Deutschen Olympischen Sportbundes**, das die Förderung der wechselseitigen Akzeptanz von Einheimischen und Zuwanderern, die Förderung der Gewaltprävention durch Aktivitätsangebote und die Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements in Sportorganisationen zum Hauptziel hat. Das Programm wird jährlich mit über 5,4 Mio. € vom Bundesamt gefördert.

Vorstellung der Handlungsfelder: Bildung

Allgemeine Daten und Fakten:

Für die soziale Integration von Jugendlichen mit Migrationshintergrund ist es von zentraler Bedeutung, berufliche Perspektiven zu schaffen. Die Praxis zeigt, dass die Potenziale und Kompetenzen junger Zuwanderer, wie Mehrsprachigkeit und interkulturelle Kompetenzen, für Arbeitgeber ein Wettbewerbsvorteil sein können. Bislang werden sie jedoch nicht ausreichend anerkannt und genutzt. Daher gilt es, die Fähigkeiten jugendlicher Zugewanderter, insbesondere die Schlüsselkompetenzen für ein erfolgreiches Berufsleben, gezielt zu fördern und die Jugendlichen aktiv bei dem Übergang von der Schule in die Ausbildungs- und Berufswelt zu unterstützen.

Das Bundesamt fördert daher unter anderem Projekte, die junge Migranten sowie deren Eltern an Angebote zur Ausbildungs- bzw. Berufsberatung heranführen und sie über weitere Unterstützungsmöglichkeiten wie Bewerbungstraining oder Mentorenprogramme informieren. Besonders Menschen, die selbst Migrationshintergrund haben, können als Mentoren von zugewanderten Jugendlichen Ausbildungs- und Berufsperspektiven aufzeigen und sie bei der Wahl ihres Bildungsweges unterstützen. In Kooperationsprojekten mit Unternehmen wird den Jugendlichen die Möglichkeit geboten, Kontakte zur Wirtschaft zu knüpfen und in Praktika ihre persönlichen Kompetenzen unter Beweis zu stellen. Gleichzeitig werden die Verantwortungsträger in der Wirtschaft für die besonderen Ressourcen sensibilisiert, die jugendliche Zuwanderer zu bieten haben.

Im Jahr 2009 werden bislang 28 Integrationsprojekte zur Unterstützung beim Übergang Schule – Beruf (4 altersunabhängige Projekte und 24 Jugendprojekte) mit einem Volumen von 1,64 Mio. € gefördert.

Daneben werden zahlreiche Integrationsprojekte zur Stärkung mitgebrachter Kompetenzen von Zugewanderten (2009: 33 altersunabhängige Projekte und 17 Jugendprojekte mit einem Volumen von 2,02 Mio. €) und zur Stärkung der Erziehungskompetenzen von Migranteltern (2009: 24 altersunabhängige Projekte und 1 Jugendprojekt mit einem Volumen von 1,47 Mio. €) durchgeführt, die der Bildung von jugendlichen Zuwanderern ebenso dienlich sind. Innerhalb dieser Projekte werden die Talente und besonderen Fertigkeiten der Zugewanderten aufgegriffen und zur optimalen Entfaltung gebracht. Dabei stehen vor allem Stärkung des Selbstwertgefühls, Aktivierung der Selbsthilfepotentiale und Förderung des bürgerschaftlichen Engagements im Vordergrund.

Handlungsansätze:

Die Projekte haben im Wesentlichen folgende Inhalte:

- Heranführung junger Migranten sowie deren Eltern an vor Ort bestehende Bildungs- und Freizeitangebote sowie an Berufsberatungsstellen, die sie über weitere Unterstützungsmöglichkeiten wie Bewerbungstraining oder Mentorenprogramme informieren.
- Gewinnung, Qualifizierung und Einsatz von Menschen, die selbst Migrationshintergrund haben, als Mentoren oder Paten von zugewanderten Jugendlichen. Die Mentoren und Paten können Ausbildungs- und Berufsperspektiven aufzeigen und die Jugendlichen bei der Wahl ihres Bildungsweges unterstützen.
- Gute Öffentlichkeitsarbeit sichert einen hohen Bekanntheitsgrad des Projektes, erhöht die Akzeptanz in der einheimischen Bevölkerung und ist eine gute Voraussetzung für die erfolgreiche Akquise von Paten und Mentoren.
- Durchführung von Angeboten zur Informations- und Wissensvermittlung sowie zum Erfahrungsaustausch, z.B. über das deutsche Bildungs- und Ausbildungssystem.
- Durchführung von Aktivitäten zur Ausübung und Verfestigung von persönlichen Kompetenzen und Fähigkeiten der Zuwanderer beispielsweise durch handwerkliche und künstlerische Angebote.
- Maßnahmen zur Motivation der Übernahme eines Ehrenamtes, z.B. als Trainer im Freizeitbereich.
- Kooperationsprojekte mit Unternehmen und öffentlicher Verwaltung, um den Jugendlichen die Möglichkeit zu bieten, Kontakte zur Wirtschaft zu knüpfen und in Praktika ihre persönlichen Kompetenzen unter Beweis zu stellen sowie die Verantwortungsträger in der Wirtschaft gleichzeitig für die besonderen Ressourcen der jugendlichen Zuwanderer zu sensibilisieren.

*Beispielprojekte:***1. Projekt „Kontrakt – Unternehmen für Bildung“ der Stadt Witten**

Projektdauer: 01.05.2008 – 30.04.2011

Projektort: Stadt Witten, NRW

Gesamtbundeszuwendung / Gesamtkosten: 150.000,- € / 188.000,- €

Zielgruppe: junge Zuwanderer und Wirtschaftsunternehmen

Mit wissenschaftlicher Begleitung hat sich das Modellprojekt „Kontrakt – Unternehmen für Bildung“ der schlechteren Bildungschancen von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund als sozialem Problem angenommen. Projektidee ist, dass vor Ort ansässige Wirtschaftsunternehmen eine Patenschaft für Kinder mit Migrationshintergrund in Form eines „Bildungsstipendiums“ übernehmen und sie soweit fördern, dass diese die Einstellungsvoraussetzungen für die Übernahme in ein Ausbildungsverhältnis erfüllen. Das Projekt wird von der Stadt Witten in Zusammenarbeit mit der Volkshochschule und einer türkischen Migrantenorganisation durchgeführt und kann Modellcharakter auch für andere Städte haben.

Projektoberziel ist der Abbau der hohen Arbeitslosigkeit von Jugendlichen mit Migrationshintergrund und des Fachkräftmangels. Die Chancen der Kinder mit Migrationshintergrund sich beruflich zu etablieren werden erhöht. Die Kinder sollen durch die Projektmaßnahmen bessere Schulabschlüsse erhalten, ihr Selbstbewusstsein stärken und ihre sozialen Kontakte (Sportvereine, Musikschulen etc.) ausbauen.

Im Rahmen des Projektes wird ein Förderkreis aus Vertretern von Unternehmen, Migrantenorganisationen, der Stadt Witten und der Caritas gegründet. Mit Hilfe der Patenschaften können Zuschüsse bspw. für Nachhilfe, Mitgliedschaft in Sportvereinen, Klassenfahrten etc. finanziert werden. Da die Jugendlichen minderjährig sind, müssen auch die Eltern überzeugt werden. Viele Eltern mit Migrationshintergrund haben wenig Kenntnisse über das deutsche Schulsystem, sie werden im Rahmen des Projektes entsprechend informiert, damit sie auch ihre Zustimmung zur Teilnahme ihrer Kinder geben können. Die Unternehmen verstehen sich nicht nur als Geldgeber, sondern sie lernen die Jugendlichen und seine Familie persönlich kennen und bieten Praktika, Ferienjobs und Ausbildungsstellen an. Gleichzeitig werden gegenseitige Vorurteile und Hemmschwellen zwischen Einheimischen und Migranten abgebaut. Migranten und Einheimische arbeiten erfolgreich zusammen.

2. Projekt „PBE – Paten für den Berufseinstieg in Langen“ des Internationalen Bundes e.V.

Projektdauer: 01.09.2006 – 31.08.2009

Projektorte: Langen in Hessen

Gesamtbundeszuwendung / Gesamtkosten: 174.178,35 € / 180.919,28 €

Zielgruppe: Jugendliche und junge Erwachsene mit Migrationshintergrund

Projektziele sind:

- Förderung der beruflichen und sozialen Integration von auf dem Arbeitsmarkt benachteiligten Jugendlichen mit Migrationshintergrund
- Förderung des bürgerschaftlichen Engagements in der Begleitung von jungen Menschen im Übergang Schule / Beruf
- Fachliche Begleitung der ehrenamtlich Tätigen durch Beratung und Schulung

Die Ehrenamtlichen übernehmen eine Patenschaft auf Zeit für eine/n Jugendliche/n mit Migrationshintergrund im Alter von 14 bis 27 Jahren, der auf der Suche nach einer beruflichen Perspektive ist. Die Paten geben ihre persönlichen Erfahrungen und Erfolgsrezepte, ihre Kompetenzen sowie ihr persönliches Netzwerk an die Jugendlichen weiter. Sie helfen ihnen beim Entdecken und Entfalten der persönlichen Fähigkeiten und im Prozess der Berufsfindung. Die Paten und ihre „Patenkinder“ treffen sich auf individueller Basis und werden durch das Projektteam fachlich und organisatorisch unterstützt. Das Team stellt den Kontakt der Jugendlichen und der ehrenamtlichen Paten her und flankiert die Patenschaft durch individuelle Hilfestellung. Des Weiteren werden den Paten Qualifizierungsmaßnahmen, interkulturelles Training, regelmäßiges Coaching und Treffen zum internen Austausch angeboten.

Die 40 teilnehmenden Jugendlichen haben alle einen Migrationshintergrund. Die Jugendlichen wirken aktiv an der Patenschaft mit. Sie absolvieren Praktika, schreiben Bewerbungen oder bereiten sich auf ihre Prüfungen vor. Das Projektteam integrierte das Patenprojekt in ein Netzwerk aus Behörden, Vereinen und sozialen Einrichtungen der Region. Als Beispiele wären hier vor allem die Stadtverwaltung Langen und die Kommunen des Kreises Offenbach, der Ausländerbeirat der Stadt Langen, der Jugendmigrationsdienst Langen, die Langener Wirtschaftsförderung, die Seniorenhilfe sowie die evangelische und katholische Kirchengemeinde in Langen zu nennen. Der Bürgermeister der Stadt Langen übernahm die Schirmherrschaft über das Projekt. Eine enge Zusammenarbeit entwickelte sich zur Seniorenhilfe der Stadt Langen. Einige ihrer Mitglieder engagieren sich als ehrenamtliche Paten. Im Februar 2008 mündete diese Zusammenarbeit in einer Kooperationsvereinbarung, die den Grundstein für die Nachhaltigkeit des Projektes legt.

3. Projekt „MaJoCa – Brücke zum Beruf“ des DPWV

Projektdauer: 01.10.2008 – 30.09.2011

Projektort: Moers, NRW

Gesamtbundeszuwendung / Gesamtkosten: 135.058 € / 159.952,80 €

Zielgruppe: Jugendliche und junge Erwachsene mit Migrationshintergrund

Das Praxisprojekt „MaJoCa – Brücke zum Beruf“ soll in enger Kooperation mit der Haupt- und den Gesamtschulen in Moers jugendliche Migranten und ihre Eltern im Stadtteil Moers-Mattheck, der in das Bund-Länder-Programm „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – Soziale Stadt“ aufgenommen wurde, ab der 7. Klasse beim Übergang Schule Beruf unterstützen.

Den Jugendlichen sollen mit individueller Hilfe vor Ort unterschiedliche Möglichkeiten für ihre persönliche berufliche Perspektive aufgezeigt werden. Der Kontakt zu den Jugendlichen erfolgt in Form von Einzelfallhilfe, aufsuchender Sozialarbeit, niedrigschwelliger Gruppenarbeit und intensiver Elternarbeit. Das Interesse der Jugendlichen soll durch verschiedene Angebote wie Medienpädagogik (Drehen eines Videofilms), Erlebnispädagogik (Klettern, Kanu, Segeln), Kulturpädagogik (Tanz- und Graffitiworkshop) sowie Werkpädagogik (Fahrradwerkstatt) gewonnen werden.

Durch Bewerbungstrainings im Stadtteil, Praktikumsakquise und individuelle Begleitung soll den Jugendlichen der Weg zur Berufsfindung erleichtert und die Jugendarbeitslosigkeit im Stadtteil reduziert werden. Die Beratungsinstanzen wie Berufsberatung, ArGe und die bundesgeförderten Beratungsdiensten JMD und MBE sowie das Förderprogramm „2. Chance“ werden eng in die Arbeit einbezogen. Insbesondere will das Projekt die Berührungängste der Jugendlichen zu diesen Instanzen abbauen.

4. Projekt „Startklar in Dinkelsbühl“ der Stadt Dinkelsbühl

Projektdauer: 01.09.2006 – 31.08.2009

Projektort: Dinkelsbühl, Bayern

Gesamtbundeszuwendung / Gesamtkosten: 100.560,34 € / 150.700,00 €

Zielgruppe: Jugendliche Zuwanderer insbesondere Spätaussiedlerjugendliche

Durch ein bis zum 31.08.2006 gefördertes Projekt der Stadt Dinkelsbühl ist es gelungen, viele der problematischen Jugendlichen zu erreichen. So wurden ein ehrenamtlich geführter Jugendtreff sowie eine eigene Anlaufstelle des Streetworkers eingerichtet. Die regelmäßige aktive Beteiligung Jugendlicher an öffentlichkeitswirksamen Maßnahmen, wie z.B. Stadtsäuberungsaktionen, Spendenaktionen, sportlichen Wettkämpfen etc. hat auch das Ansehen der Gruppe in der Öffentlichkeit verbessert.

Um die Integrationschancen der Jugendlichen, insbesondere auf dem Ausbildungs- und Arbeitsmarkt weiter zu verbessern, wurde zum 01.09.2006 das Projekt „Startklar in Dinkelsbühl“ begonnen, das auf den Erfolgen des ersten Projektes aufbaut und diese nachhaltig sichern soll. Das übergeordnete Ziel des neuen Projektes besteht darin, die Chancen der Jugendlichen auf aktive positive Teilnahme am wirtschaftlichen und sozialen Leben zu erhöhen und gleichzeitig zu verhindern, dass es erneut zu Ausgrenzungs- und Stigmatisierungstendenzen kommt.

Dazu ist ein speziell auf diese Gruppe zugeschnittenes niedrighschwelliges Beschäftigungs- und Lernprogramm implementiert worden, in dem sinnvolle Freizeitbeschäftigung mit systematischer Förderung von berufs- und lebenspraktischen Fähigkeiten einhergeht. So wurden im handwerklichen und sportlichen Bereich Angebote entwickelt, die direkt oder nah an den etablierten Treffpunkten durchgeführt werden. Darüber hinaus wurden Vereine und (gemeinnützige) Unternehmen angesprochen, die entsprechende Qualifizierungsmöglichkeiten anbieten (z.B. Motorsägen-Führerschein, Erste-Hilfe-Kurs, Staatlicher Fischereischein, Bautechniken, Metallbearbeitungstechniken, Gartenbau wie z.B. Baumpflege, Kaufmännisches, Gastronomisches). Jede Teilnahme wird durch ein Zertifikat belegt und kann von den Jugendlichen der Bewerbungsmappe beigelegt werden.

Inhalt

Vorwort 1

I. Der 14. Deutsche Präventionstag im Überblick

Christian Wulff

Grußwort des Niedersächsischen Ministerpräsidenten und Schirmherrn 5

Deutscher Präventionstag und Veranstaltungspartner

Hannoveraner Erklärung 9

Erich Marks / Karla Schmitz

Der 14. Deutsche Präventionstag 2009 im Überblick 13

Wolfgang Schäuble

Was hält die Gesellschaft zusammen? 37

Wiebke Steffen

Gutachten für den 14. Deutschen Präventionstag:
„Solidarität leben - Vielfalt sichern“ 45

Rainer Strobl / Olaf Lobermeier

Evaluation des 14. Deutschen Präventionstages 117

II. Praxisbeispiele und Forschungsberichte

Inge Kloepfer

Aufstand der Unterschicht - was auf uns zukommt 155

Horst von der Hardt

Die Bedeutung von Prävention und frühen Hilfen in der
Kinder- und Jugendmedizin 165

Christina Storck / Thomas Duprée / Andrea Dokter

Schulische Gesundheitsförderung für sozial benachteiligte Kinder –
Die Teilnahme von Grundschulen aus „sozialen Brennpunkten“ am
Programm Klasse2000 und die Akzeptanz und Umsetzung aus Sicht
der Lehrkräfte 175

<i>Romy Bartels</i> Gewalt- und Kriminalitätsprävention bei Jugendlichen durch soziale Integration und Bildung - Vom Bundesamt geförderte Maßnahmen zur Integration jugendlicher Zuwanderer	193
<i>Frank Buchheit / Safiye Erdoğan / Thomas Roos</i> Heimatland Baden-Württemberg - gemeinsam in Sicherheit leben	211
<i>Herbert Schubert / Katja Veil</i> „Nachbarschaftlichkeit“-Solidarität als Faktor der sozialräumlichen Kriminalprävention	229
<i>Heidemarie Ballasch</i> Schulversuch „Islamischer Religionsunterricht“ in Niedersachsen - Auf dem Weg zum Islamischen Religionsunterricht als ordentliches Unterrichtsfach	247
<i>Lüder Bischoff</i> „Prävention durch Partizipation in der Lebenswelt einer Schule“	257
<i>Andrea Große-Wiesmann</i> „Vielfältige Arbeit – Präventive Effekte“	263
<i>Kerstin Bunte / Shérif Wouloh Korodowou</i> Thérapie Sociale - ein innovativer Ansatz für gelungenes interkulturelles Zusammenleben in der Kommune	273
<i>Manuel Eisner / Denis Ribeaud</i> Was bringt universelle Frühprävention von Gewalt? Ergebnisse des Zürcher Projektes zur Sozialen Entwicklung von Kindern	291
III Autoren	304